



Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten
- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Vereinfachungs-
novelle vom 3. Dezember 1976 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von In-
vestitionen im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979.
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung vom
15. September 1977.

Planzeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung			
	Kleinsiedlungsgebiet		Mischgebiet
	Reines Wohngebiet		Kerngebiet
	Allgemeines Wohngebiet		Gewerbegebiet
	Besonderes Wohngebiet		Industriegebiet
	Dorfgebiet		Sondergebiet

Maß der baulichen Nutzung	
	Geschößflächenzahl
	Baumassenzahl
	Grundflächenzahl
	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
	Zahl der Vollgeschosse zwingend

Sonstige Planzeichen			
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen		Stellplätze
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsnetzen zu belastende Flächen		Garagen
	Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorrichtungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Bürotrichter)		Gemeinschaftsstellplätze
	Aufschüttung		Gemeinschaftsgaragen
	Abgrabung		offene Bauweise
	Grünanlagen		Höhenlinie
	Baugrenze		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
	Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Bebauungsplans
			Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 14.10.1982). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Hildesheim, den 08.12.1982

Stadtvermessungsamt
H. Wegener

Für die Aufstellung des Planentwurfs.

Hildesheim, den 08.12.1982

Stadtplanungsamt
Krause

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 13.12.1982 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 11.01.1983 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Beteiligung gem. § 2 a (2) BBauG erfolgte vom 13.12.1982 bis 19.02.1983. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Auslegung und Erörterung.

Hildesheim, den 21.02.1983

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Krause

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Sitzung am 13.12.1982 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 2 a (6) BBauG beschlossen.

Hildesheim, den 14.12.1982

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Krause

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Zeit vom 19.01.1983 bis 19.02.1983 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am 11.01.1983 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 21.02.1983

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Krause

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 09.05.1983 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz beigelegt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 16.05.1983

Oberbürgermeister
Mittig (L.S.)
Oberstadtdirektor
Fecker (L.S.)

GENEHMIGT

gem. § 11 des Bundesbaugesetzes (neueste Fassung) nach Mitgabe der Verfügung 309.9-21.102.2-7.6-54/1983 vom heutigen Tage.

Hildesheim, den 15.8.1983

Bezirksregierung Hannover
Im Auftrage
Fecker (L.S.)

Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) ab 07.09.1983 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 07.09.1983 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Die Hinweise auf § 44c und 155a BBauG sind erfolgt. Mit der Bekanntmachung wird dieser Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Hildesheim, den 07.09.1983

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Fecker (L.S.)

STADT HILDESHEIM

6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1

Für das Gebiet des Studentenheimes östlich der Stettiner Straße auf der Marienburger Höhe - Ost

Die Übereinstimmung mit dem Original wird beglaubigt.

Hildesheim, den 19.05.83

Fecker

Maßstab 1:500